

# „Extremismus“-Verdikt

Inwieweit die Beobachtung der LINKEN durch den Verfassungsschutz eingestellt wurde

**Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) habe die Beobachtung der Partei DIE LINKE durch den Inlandsgeheimdienst „Bundesamt für Verfassungsschutz“ weitgehend eingestellt, meldeten die Medien am 22. Januar. Die Partei werde nicht mehr insgesamt beobachtet, sondern nur noch deren „offen extremistischen Gruppierungen“, hieß es unter Berufung auf „Sicherheitskreise“.**

Friedrich soll demnach schon am 16. November 2012 das „Bundesamt für Verfassungsschutz“ in einem Erlass zu dieser geänderten Bespitzelungspraxis angewiesen haben, ohne aber seine Entscheidung öffentlich zu machen. Am 21. November sei lediglich das zur Verschwiegenheit verpflichtete Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages davon unterrichtet worden.

Unter das „Extremismus“-Verdikt fallen Parteigliederungen der LINKEN, wie die Kommunistische Plattform oder die Arbeitsgemeinschaft „Cuba Si“. Gleichzeitig sind noch zahlreiche Bundestagsabgeordnete im Visier des Geheimdienstes – die Medien nennen

die Zahl von 25 Betroffenen. Inwieweit passt das zur angeblichen Kurskorrektur des Inlandsgeheimdienstes hin zum Schwerpunkt „Bekämpfung von Gewalt“? Werfen Friedrich und sein Geheimdienst den Gliederungen wie auch den Bundestagsabgeordneten allen Ernstes Gewaltakte vor?

Auch Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, kann sich keinen Reim auf den angeblichen Vorstoß von Friedrich machen. Er klagt seit Jahren gegen die Beobachtung durch die Geheimdienste und ist im Instanzenweg inzwischen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angelangt. Ramelow hatte nahezu zeitgleich mit den Berichten über die Einstellung der Beobachtung der Linkspartei einen aufschlussreichen Brief erhalten.

Sein Rechtsanwalt informierte ihn darin über ein Schreiben vom 18. Dezember 2012. Es stammt von der Anwaltskanzlei, die bei Ramelows Verfassungsbeschwerde die Gegenseite vertritt, die Bundesregierung. In dem Schreiben wird mitgeteilt, die Regierung halte „die Erhebung von Informationen“ über Ramelow durch den Inlandsgeheimdienst „aus offenen Quel-

len“ für „nicht unverhältnismäßig“. „Wenn die Bundesregierung die Beobachtung eingestellt hat, warum teilt sie das Karlsruhe nicht mit?“, fragt Ramelow. Aufgrund der aktuellen Schriftsätze müsse er jedenfalls davon ausgehen, auch weiter beobachtet zu werden.

Es ist offen, ob es überhaupt eine Kurskorrektur gegeben hat oder die Berichte dem Geheimdienstprinzip „Tarnen und Täuschen“ zuschreiben sind. Einen generellen Verzicht gibt es ohnehin nicht. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, CSU-Parteifreund von Friedrich, betont, dass die Beobachtung der Linkspartei durch das ihm unterstehende „Landesamt für Verfassungsschutz“ weitergeht. Eine „Änderung unserer bayerischen Praxis“ gibt es laut Herrmann nicht, er hält die geheimdienstliche Beobachtung der Partei DIE LINKE ausdrücklich „für richtig und notwendig“.

Immerhin hat Bodo Ramelow durch die Medienberichte erfahren, dass das Bundesverfassungsgericht wohl „noch im ersten Halbjahr 2013“ über seine Verfassungsbeschwerde entscheiden wird.

Stefan Wogawa

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Stasi revisited

Ist schon wieder Wahlkampf? Es gibt untrügliche Zeichen. So regelmäßig irgendwer im schottischen Loch Ness ein Monster sieht, so regelmäßig werden Stasi-Vorwürfe gegen Gregor Gysi laut. Doch während man auf das sympathische Monster fast jährlich in der medialen Saure-Gurken-Zeit aufmerksam macht, sind die Phasen der ins Monströse aufgeblasenen angeblichen Gysi-Stasi-Sichtungen länger: ungefähr alle vier Jahre, in der Wahlkampfzeit.

Worum geht es diesmal, acht Monate vor der Bundestagswahl? Gregor Gysi, ein Spitzenkandidat der Linken, ist von einem früheren Richter angezeigt worden. Der wirft ihm vor, im Jahr 2011 im Zusammenhang mit einer NDR-Dokumentation eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben zu haben. Gysi erklärte damals, er habe „zu keinem Zeitpunkt über Mandanten oder sonst jemanden wissentlich und willentlich an die Staatssicherheit berichtet“. Ein Jahr darauf gab das umgangssprachlich noch nach seinem ersten Vorsteher „Gauck-Behörde“ genannte Amt auf Antrag der Springer-Postille „Welt am Sonntag“ einen Vermerk des Ministeriums für Staatssicherheit frei. Der soll besagen, dass Gysi im Februar 1989 mit zwei Stasi-Offizieren ausführlich über ein Interview mit dem SPIEGEL sprach. Und wenn es das Gespräch gab? Wo liegt der Zusammenhang mit dem beideten Sachverhalt? Bei mehr als einem juristischen Mückenschiss? Trotzdem hat ein Ausschuss des Bundestags die parlamentarische Immunität des Abgeordneten Gysi aufgehoben.

Der kommentiert unaufgeregt bei Facebook: „Nach einer Anzeige muss in einem Ermittlungsverfahren der Vorwurf geprüft werden“. Selbst ernannte und beauftragte publizistische Kopfgänger schwangen trotzdem wild die Füller. Ihr Pech: Sie konnten nicht ahnen, dass heuer der Papst zurücktritt. ■

## Für eine Landwirtschaft, die nachhaltig ist

Anlässlich des Thüringer Milchtages am 11. Februar hatte die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Johanna Scheringer-Wright, ihre Forderungen nach einer Stärkung der Milchviehhaltung in Thüringen erneuert.

„Die Milchvieh-Betriebe stärken den ländlichen Raum und erhalten die biologische Vielfalt“, betonte sie. Nur solche Betriebe, die wirtschaftlich nachhaltig aufgestellt sind, könnten langfristig Arbeitsplätze erhalten und ausbauen – sei es durch Personal auf den Höfen selbst oder durch Auftragsvergabe an Betriebe im Handwerk, in der Ernährungswirtschaft und im Landhandel. Wenn für das landwirtschaftliche Urprodukt Milch keine ausreichenden Preise mehr erzielt werden und damit die Betriebe nur eine geringe Wertschöpfung erreichen können, dann gehe das zu Lasten der Vitalität des gesamten ländlichen Raums.

„Eine Agrar- und Interessenpolitik, die weiter auf die Strategie ‚Wachsen oder Weichen‘ setzt, um billigst für die Weltmärkte produzieren zu können, ist verantwortungslos“, kritisierte die Abgeordnete der Linksfraktion. Sie forderte, dass Agrarsubventionen künftig vor allem für – aufgrund ihrer geologischen Lage – benachteiligte Gebiete und Betriebe sowie für besondere Leistungen, z. B. die bodengebundene Tierhaltung, zu verwenden. „Milchvieh-Betriebe brauchen Planungssicherheit durch verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft produzieren können“, so Scheringer-Wright. ■

## Wettpatenschaft zum Frauentag

**Wieder eine Wettpatenschaft. Klaus H. Jann, der rote Reporter aus Wülfrath, hat Bodo Ramelow eingeladen, erneut die Patenschaft für eine Wette zu übernehmen, die vom 8. bis 10. März laufen soll. Dazu hat sich jetzt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag an die Genossinnen und Genossen in den Regionen des Landes gewandt:**

„Ihr erinnert euch sicher alle an die Wette mit unserem neuen Logo vor den Ortseingangsschildern und dem wunderbaren Plakat, das daraus entstanden ist.

Danach gab es die Wette, dass eine bestimmte Anzahl von Infotischen am gleichen Tag bundesweit nach außen deutlich macht, dass unsere gesamtdeutsche Partei auch gesamtdeutsch mobilisierungsfähig ist.

Wir waren als Thüringer Landesverband der absolute ‚Wettkönig‘ und ich war ja als Pate von Anfang an mit eingebunden in diese Herausforderung. Jetzt bietet er uns die Wette an, dass es uns gelingen möge, rund um den internationalen Frauentag öffentliche Aktionen der LINKEN organisiert zu bekommen. Der Wetteinsatz beträgt vier Euro pro Aktion für das Projekt „Milch für Kuba's Kinder“, wenn es uns gelingt, die Zahl 500 zu knacken.

Sollten wir die Hürde von 500 Aktionen, Aktivitäten oder Infoständen nicht hinbekommen, muss Klaus H. Jann für jede Aktion immerhin noch einen Euro für dieses Projekt in Kuba einzahlen. Da wir am 8. März ja sowieso Blumenverteilaktionen machen, müsste es

doch gelingen, wenigstens in Thüringen so viele zu mobilisieren, dass wir einen erkennbaren Anteil daran haben.

Ich biete deshalb dem Thüringer Landesverband die Wette an, dass es uns gelingt, zehn Prozent der Aktionen allein in Thüringen abzusichern. Sollte wir also 50 Infostände und Aktionen in der Zeit vom 8. bis 10. März durchführen und per Foto und Email dokumentieren können, zahle ich zusätzlich zu der Wettpatenschaft, für den Anteil den wir schaffen, vier Euro pro Aktion oder Infostand. Sollten wir die 50 nicht schaffen, (was ich nicht glaube) zahle ich natürlich je einen Euro zusätzlich für das Projekt ein.

Wichtig wie immer, jeweils ein Foto mit Nennung der Stadt, der Straße und dem Aktionszeitpunkt und eine Deklaration, ob Aktion, Infostand oder eine Aktivität.“ ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.